



Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

HAUSANSCHRIFT

POSTANSCHRIFT

TEL

FAX

Christine Lambrecht

Bundesministerin der Verteidigung

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
11055 Berlin

+49 (0)30 2004-22000

+49 (0)30 2004-22004

Berlin, 22. April 2022

An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

An die Mitglieder der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

An die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit mittlerweile 56 Tagen führt der russische Staatspräsident Putin einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf ukrainischem Boden. Die unentschuldbaren Massaker in Butscha und die Zerstörung Mariupols zeigen eindeutig, dass Putin auch vor grausamen Menschenrechtsverletzungen nicht zurückschreckt.

Die angekündigte Großoffensive Russlands im Donbass ist in vollem Gange. Die Bedrohungslage in der Region und der gesamten Ukraine ist so dramatisch wie nie zuvor. Die Entwicklungen der nächsten Wochen werden für die Zukunft des Landes entscheidend sein. Es ist daher dringend geboten, die Ukraine mit geeinter Stimme zu unterstützen! Ging es zuvor primär darum, die unmittelbare Eroberung Kiews und der Ukraine zu verhindern, ist es nun angezeigt, die Ukraine dabei zu unterstützen, die dauerhafte völkerrechtswidrige Landnahme durch Russland abzuwenden.

Unser Bundeskanzler hat in seiner Rede vom 27. Februar 2022 von einer Zeitenwende gesprochen. Es ist eine Zeitenwende für alle. Weil der Angriff auf die Ukraine auch ein Angriff auf unser aller Freiheit, die Demokratie und unsere Art zu leben ist. Und weil wir nicht wissen, wie weit Putin seinen Großmachtwahn treiben wird. Wer so brutal und

grausam vorgeht wie Putin in diesem Krieg, für den spielt es keine Rolle, ob die Leichen auf den Straßen von Butscha oder auf den Straßen eines Vororts von Tiflis, Vilnius oder Berlin liegen; dem ist es egal, ob Mariupol dem Erdboden gleich gemacht wird, Danzig oder Hamburg. Um einem solchen Angriff auf unsere Werteordnung nicht schutzlos ausgeliefert zu sein, müssen wir uns militärisch verteidigen können.

Dieser Angriffskrieg stellt damit auch eine Zäsur für unsere Bundeswehr dar. Die Neuausrichtung der Bundeswehr auf ihre Kernaufgabe – der Verteidigung unseres Landes und unserer Bündnispartner – hat höchste Priorität und wird mit voller Kraft vorangetrieben. Wir müssen die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte in kürzester Zeit erhöhen und nachhaltig stärken. Das geplante Sondervermögen ist dabei unabdingbar, um unsere Streitkräfte nach Jahren der Unterfinanzierung adäquat auszurüsten. Nur so kann die Bundeswehr ihrem Kernauftrag wirkungsvoll nachkommen und unser Land und unser Bündnis verteidigen!

Auf welchen Wegen unterstützen wir die Ukraine?

Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine und unterstützt die Bevölkerung auf allen Wegen – mit finanziellen und humanitären Mitteln, aber auch mit der Lieferung von Waffen an die ukrainischen Streitkräfte.

Wir alle haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen der Ukraine helfen, wo wir nur können. Wir alle ringen darum, was dafür die beste Lösung ist. Und angesichts der schrecklichen Grausamkeiten, die Russland in der Ukraine verübt, ist es auch mehr als nachvollziehbar, dass diese Debatte – auch innerhalb unserer Regierungskoalition – mit viel Engagement und Herzblut geführt wird. Es ist jedoch an der Zeit, dass wir diese Debatte versachlichen. Denn am Ende sind es nicht laute Bekenntnisse, die der Ukraine helfen, sondern sachlich vernünftige Lösungen. Und dabei geht es auch nicht um einen öffentlichen Überbietungswettbewerb, sondern um ein besonnenes und durchdachtes Vorgehen. Daher möchte ich Ihnen mit diesem Brief zum einen die rechtlichen Möglichkeiten erläutern, die der Bundesregierung offenstehen. Zum anderen möchte ich Ihnen erläutern, welche Hilfeleistungen – vor diesem Hintergrund und angesichts der bereits erfolgten umfangreichen Lieferungen – aus Sicht des BMVg möglich und sinnvoll sind:

1. Länderabgaben

Länderabgaben umfassen alle temporären oder dauerhaften sowie entgeltlichen oder unentgeltlichen Abgaben von Material der Bundeswehr. Ausgangspunkt ist dabei eine Bedarfsanfrage durch die Ukraine. Diese Anfragen werden anschließend geprüft und das BMVg entscheidet, ob das Material abgegeben werden kann. Anschließend werden BKAm, AA und das BMWK um ein Votum gebeten. Nach positiver Entscheidung wird der Versand vorbereitet. In den vergangenen Wochen wurde mehrfach erfolgreich von diesem Verfahren Gebrauch gemacht, z.B. mit der zügigen Lieferung von Flugabwehrraketen des Typs „Stinger“, Panzerfäusten oder Maschinengewehren aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine.

2. Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung (EIBReg)

Die EIBReg ist ein von AA und BMVg gemeinsam verantwortetes, bilaterales Instrument zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform von Partnern. Sie wird aus einem eigens hierfür eingerichteten Titel im Einzelplan 60 alimentiert. Alle Projekte beruhen immer auf konkret geäußerten Bedarfen der Partner und werden zwischen AA und BMVg abgestimmt. Die Umsetzung erfolgt in Verantwortung der Ressorts. Letale Güter können explizit zur Verfügung gestellt werden, sofern hierüber Konsens erzielt wird. Die in der Ertüchtigungsinitiative hinterlegten Prozesse haben sich bewährt. Die Bundesregierung hat die ukrainischen Streitkräfte seit Beginn der russischen Offensive mehrfach mit Unterstützungsleistungen aus der Ertüchtigungsinitiative unterstützt.

3. Europäische Friedensfazilität (European Peace Facility, EPF)

Die EPF bündelt als Finanzierungsinstrument außerhalb des EU-Haushalts verschiedene Instrumente des europäischen Krisenmanagements. Der entscheidende Mehrwert ist dabei die neu geschaffene Möglichkeit, die Streitkräfte von EU-Partnerländern durch die gezielte Lieferung von Ausrüstung und Rüstungsgütern zu ertüchtigen. Mit diesem Instrument kann die Ukraine schnell und zielführend unterstützt werden. Dabei liefert die EU selbst keine militärischen Güter und finanziert sie auch nicht. Die Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte wird bilateral durch die EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Nachträglich kann hierfür eine Rückerstattung über das Instrument der EPF beantragt werden.

Deutschland zahlt anteilige Pflichtbeiträge in den Topf der EPF ein und unterstützt damit auch Maßnahmen unserer europäischen Partner für die Ukraine. Die Bewirtschaftung dieser EPF-Mittel erfolgt federführend durch das AA.

4. Unentgeltliche Materialabgabe für humanitäre Zwecke im Ausland

Die Bundeswehr kann im Rahmen humanitärer Unterstützungsleistungen für das Ausland zivile Hilfsorganisationen, staatliche, kirchliche und andere Initiativen mit Sitz in Deutschland durch die Überlassung von ausgesondertem Bundeswehrmaterial unterstützen, das nicht für andere Zwecke gebunden ist und das nicht dem Veräußerungsgebot unterliegt. Hierfür stehen in der Regel Sanitätsverbrauchsmaterial, medizinisches Kleininstrumentarium und Liegenschaftsmaterial (z.B. Betten, Decken, Mobiliar) zur Verfügung.

5. Kommerzielle Lieferung von Kriegswaffen deutscher Unternehmen

Für die kommerzielle Lieferung von Kriegswaffen deutscher Unternehmen aufgrund von Direktbestellungen der Ukraine ist seitens der Industrie die erforderliche Kriegswaffen-Ausfuhrgenehmigung beim BMWK formlos zu stellen. Zusätzlich ist eine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz beim BAFA zu beantragen, die im Nachgang zur Kriegswaffengenehmigung für die Ukraine jeweils unmittelbar erteilt wird. Für die kommerzielle Lieferung sonstiger Rüstungsgüter sowie von Dual-use-Gütern deutscher Unternehmen in die Ukraine sind seitens der Industrie Ausfuhranträge beim BAFA zu stellen. Anträge für den kommerziellen Re-Export (zwecks deutscher Zustimmung zur Weitergabe von vormals aus Deutschland gelieferten Rüstungsgütern durch Drittstaaten an die Ukraine) sind abhängig vom jeweiligen Rüstungsgut beim BMWK (Kriegswaffen) bzw. beim BAFA (sonstige Rüstungsgüter) zu stellen. Sämtliche Anträge werden jeweils mit absoluter Priorität bearbeitet. Sie werden nach Ressortabstimmung in der Regel tagesgleich beschieden. Das BMVg achtet dabei darauf, dass die insgesamt verfügbaren Kapazitäten der Industrie weiterhin die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sicherstellen können.

Bundeswehr und Industrie – wie wurde unterstützt? Was ist noch möglich?

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine auf dem Gebiet der militärischen Ausrüstung und wird die deutsche finanzielle Unterstützung der Ukraine weiter erhöhen. Dabei geht es insbesondere um die Ausstattung der ukrainischen Streitkräfte mit letaler und nicht-letaler Ausrüstung.

Eine Unterstützung in Form von Länderabgaben ist in der Vergangenheit bereits mehrfach geschehen. Die Bundeswehr hat geliefert, was möglich ist, ohne die eigenen Fähigkeiten einzuschränken. Angesichts der momentanen Bedrohungslage dürfen Lieferungen aus dem Bestand der Bundeswehr jedoch auf keinen Fall zulasten der Landes- und Bündnisverteidigung gehen – gerade auch mit Blick auf unsere Bündnisverpflichtungen an der Ostflanke.

Eine weitere Unterstützung kann über eine Erhöhung der Mittel für die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung und die Europäische Friedensfazilität finanziert werden (Titel 687 03 im Kapitel 6002 des Einzelplans 60). Die Bundesregierung plant, die sogenannte Ertüchtigungshilfe auf zwei Milliarden Euro zu erhöhen, von denen der größte Teil für Militärhilfe für die Ukraine vorgesehen ist. Diese Summe soll in den Ergänzungshaushalt 2022 eingestellt werden. Die Abstimmungen zwischen den Ressorts laufen hierzu. Somit werden wir in die Lage versetzt, die Ukraine bei der Finanzierung von Rüstungseinkäufen signifikant zu unterstützen. Diese zusätzlichen Haushaltsmittel stellen einen wesentlichen Beitrag Deutschlands zur Beschaffung der benötigten Fähigkeiten für die ukrainischen Streitkräfte bei der Industrie dar.

Ringtausch mit Bündnispartnern – Lieferung von Panzern

In den vergangenen Tagen und Wochen wurde vermehrt nach der Lieferung „schwerer Waffen“ aus Beständen der Bundeswehr gerufen. Dabei stand die Lieferung von Schützenpanzern vom Typ „Marder“ im Mittelpunkt. Hierzu müssen wir klar festhalten, dass vor allem die fehlende Verfügbarkeit der Schützenpanzer der Bundeswehr eine Lieferung der schweren Waffen weitgehend verhindert. Die Bundeswehr muss ihrem Kernauftrag – der Verteidigung des eigenen Landes – jederzeit und ohne Einschränkungen nachkommen können. Dazu gehört insbesondere auch, dass genügend Marder bei der Truppe sind, damit

unsere Soldatinnen und Soldaten für den Ernstfall ausgebildet werden und üben können. Eine untrainierte Bundeswehr kann Land und Bündnis nicht verteidigen. Die Panzertruppen der Bundeswehr – deren Fähigkeiten sich aus einer Kombination aus Kampf- und Schützenpanzern ergibt – sind für die Bundesrepublik sowie für die NATO unverzichtbar.

Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass die Ukraine die Waffen bekommt, die sie braucht. Und zwar auch und gerade schwere Waffen. Insbesondere werden wir in den kommenden Wochen im Rahmen des sogenannten „Ringtauschs“ osteuropäische NATO-Partner im Rahmen der bilateralen Rüstungskooperation unterstützen: Ziel ist es, den Partnern, welche noch letale und schwere Waffen aus sowjetischen Beständen besitzen und welches in der Ukraine ohne aufwendige Ausbildung eingesetzt werden kann, den modernen Ersatz ihrer Waffen zu ermöglichen und sie bei der Finanzierung des Erwerbs zu unterstützen. Hierzu zählen beispielsweise auch Schützenpanzer sowjetischer Bauart, die von Seiten der Mitgliedsstaaten sofort geliefert werden können.

Deutschland kommt dabei als verlässlicher Partner seiner Verantwortung nach, seine Verbündeten vollumfänglich zu unterstützen. Wir sorgen dafür, dass unsere Partner den nötigen Ersatz für die gelieferten Waffen erhalten. Konkret ist dieser Ringtausch bereits mit unserem NATO-Partner Slowenien in Planung, der für die Lieferung schwerer Waffen im Gegenzug von Deutschland mit Ersatz versorgt wird.

Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung dieser Maßnahmen. Die genaue Ausgestaltung erfolgt zügig und in enger Abstimmung aller beteiligten Ministerien und mit unseren Partnern im Bündnis.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die feste Annahme, dass ein Krieg mitten in Europa in absehbarer Zeit nicht mehr stattfinden würde, hat sich nicht bewahrheitet. Viel zu lange haben wir verdrängt, dass Sicherheit einen Preis hat, den wir als Gesellschaft zahlen müssen: als Vorsorge für den Frieden. Jetzt ist es an der Zeit, für Freiheit und Demokratie einzustehen und auch zum Kampf für diese bereit und vor allem befähigt zu sein. Diese Befähigung der Bundeswehr liegt zuvorderst in der Verantwortung des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung. Unser Beitrag im Bündnis der NATO wird in den kommenden Jahren wichtiger sein denn je, und insbesondere

an der Ostflanke der NATO und bei unserem wichtigsten Verbündeten in Washington D.C. wird man genau beobachten, ob und wie wir als Deutschland in unsere neue sicherheitspolitische Rolle in Europa und in der Allianz hineinfinden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Christine Lambrecht". The signature is written in a cursive style with a large initial "C" and a long horizontal stroke at the end.

Christine Lambrecht

Bundesministerin der Verteidigung